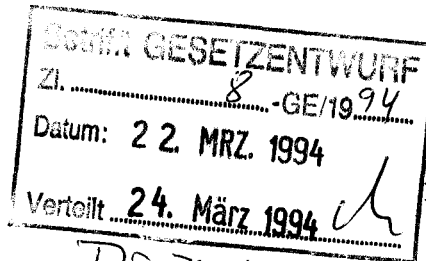




ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 W i e n

Zl. 041/94



DVR: 0487864

PW/NC

Dr. Hajek

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Arbeitszeit-
gesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert werden
Zl. 52.015/1-2/94

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag bedankt sich für Ihre Einladung vom 03. Jänner 1994 zum Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz geändert wird, Stellung zu nehmen und erlaubt sich folgende Äußerungen abzugeben:

Mit dem Inkrafttreten des EWR-Vertrages ist es notwendig geworden, eine Harmonisierung der betreffenden Rechtsvorschriften vorzunehmen.

Der Entwurf selbst ist unübersichtlich und sehr komplex, sodaß die Tauglichkeit in der Praxis bezweifelt werden muß, wenn man die rechtspolitische Absicht, nämlich den Schutz der Kraftfahrzeuglenker vor Überbeanspruchung und die Erhöhung der Verkehrssicherheit, in Betracht zieht.

- 2 -

Die Bestimmungen über die einzuhaltenden Lenkpausen und Ruhezeiten dürften nurmehr für den auf diese Rechtsnormen spezialisierten Praktiker überschaubar sein, nicht aber für diejenigen, an die sich das Gesetz richtet. Nun gilt nämlich das Arbeitsruhegesetz und das Arbeitszeitgesetz, die Verordnung Nr. 3820/85 des Rates (EWG) über die Harmonisierung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr, das Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (BGBl. 518/1975), diverse anzuwendende Kollektivverträge, sowie einschlägige Verordnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, z.B. über Fahrtenbücher.

Hingewiesen werden muß auf die Gefahr der Innendiskriminierung, weil das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz teilweise strengere Vorschriften beinhalten, als die internationalen Rechtsregeln. Es soll nämlich dem österreichischen Arbeitnehmer offenbleiben, eine Anpassung an den geringeren Level der internationalen Vorschriften durch den Abschluß geeigneter Kollektivverträge herbeizuführen.

Es ist auch nicht einseh- und erkennbar, weshalb die Verfolgungsverjährung nach dem VStG durch eine lex specialis abgeändert wird, indem die Frist auf ein Jahr heraufgesetzt wird.

Die umfangreichen Stellungnahmen des Ausschusses der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer sowie der Oberösterreichischen Rechtsanwaltskammer sind beigeschlossen.

Wien, am 04. März 1994

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG



Ausschuß der Steiermärkischen Rechtsanwaltskammer

8011 Graz, Salzamtsgasse 3/IV, Postfach 557, Tel. 0 31 6/83 02 90, Telefax 0 31 6/82 97 30

G. Zl.: 63/92

Obige Nummer bei Rückantworten erbeten

An den
ÖSTERREICHISCHEN RECHTS-
ANWALTSKAMMERTAGRotenturmstraße 13
1010 Wien

Österreichischer Rechtsanwaltskammertag eing. 25. Feb. 1994fach, mit.....Beilagen
--

FK Ref. Dr. Nadler & Dr. Zaudl
W, am 25.02.94

[Handwritten signature]

Betrifft: Zl: 041/94

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz
geändert werden (Lenkzeiten);
Begutachtungsverfahren

Die Steiermärkische Rechtsanwaltskammer bestätigt den Erhalt des obangeführten Gesetzesentwurfes und erlaubt sich fristgerecht nachstehende

S t e l l u n g n a h m e

abzugeben:

Mit dem Inkrafttreten des EWR-Vertrages treten auch die Verordnungen (EWG) Nr. 3820/85 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr und die Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 über das Kontrollgerät im Straßenverkehr in Kraft.

Die geltenden arbeitnehmerschutzrechtlichen Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes und des Arbeitsruhegesetzes weichen von den internationalen Vorschriften ab.

Das AECR (Europäische Übereinkommen) über die Arbeit des im Internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals war zu transformieren. Arbeitsrechtliche Begleitmaßnahmen zu den EG-Verordnungen waren zu schaffen.

Drüberhinaus gelten die strengeren Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes die österreichische Arbeitnehmer weiter, jedoch mit der Möglichkeit der Angleichung an die internationalen Vorschriften durch Kollektivvertrag.

Gegen den Inhalt der geplanten Novelle bestehen daher keine Bedenken.

Für den Ausschuß der Stmk.Rechtsanwaltskammer:

Graz, am 17. Feber 1994

Der Präsident:



Dr. Werner Thurner e.h.

Referent: Dr. Rudolf Lemesch,
RA, Graz

HINTERMAYR — KRÜGER — HAUNSCHMIDT

RECHTSANWÄLTE

Dr. Johannes Hintermayr
Dr. Michael Krüger
Dr. Franz Haunschmidt

A-4020 Linz, Marktplatz 4
Tel. 0732 778410, 782202
Telefax 0732 788441

Herrn
Dr. Thomas Mader
Rechtsanwalt

EINGEGANGEN

- 2. März 1994

Erl.

Rauhensteingasse 1
1010 W i e n

Linz, 1994/02/25
Dr. Hau/Ma

Betrifft:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitszeitgesetz
und das Arbeitsruhegesetz geändert werden (Lenkzeiten)
Stellungnahme der OÖ RAK / Akt K 810

Sehr geehrter Herr Kollege !

Zum geplanten Bundesgesetz, mit dem das Arbeitszeitgesetz
und das Arbeitsruhegesetz geändert werden sollen, darf ich
namens der OÖ RAK wie folgt Stellung nehmen:

Die Zielsetzungen der vorgesehenen Novelle des Arbeitszeit-
gesetzes und des Arbeitsruhegesetzes werden grundsätzlich
begrüßt.

Auf folgende Problembereiche sei aber aufmerksam gemacht:

1. Die Bestimmungen über die einzuhaltenden Lenkpausen und
Ruhezeiten sind bereits jetzt derart komplex, daß nur
wenige, ständig mit diesen Rechtsnormen befaßte Praktiker
in der Lage sind, die geltende Rechtssituation zu
überblicken.

Mit Inkrafttreten der Novelle und der darin enthaltenen
dynamischen Verweisung auf internationale Abkommen und
EWR- bzw. EG-Recht wird die Unübersichtlichkeit der

- 2 -

Rechtsmaterie noch vergrößert. Neben dem Arbeitsruhegesetz und dem Arbeitszeitgesetz sind die Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr, das europäische Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals, BGBl 518/1975, die Bestimmung der maßgeblichen Kollektivverträge sowie Verordnungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (z.B. V über Fahrtenbücher, BGBl 461/1975) zu beachten.

Selbst dem Gesetzgeber ist offenbar in bestimmten Bereichen nicht klar, welche Rechtsnormen zur Beurteilung von Sachverhalten anzuwenden sind (vgl. § 28 Abs 3 AZG und § 27 Abs 3 ARG in der künftigen Fassung). Gemäß § 28 Abs 3 AZG und § 27 Abs 3 ARG in der künftigen Fassung genügt nämlich als Angabe der verletzten Verwaltungsvorschrift die Angabe des entsprechenden Gebotes oder Verbotes der EWG-Verordnung 3820/85 auch dann, wenn nicht diese Verordnung sondern das Übereinkommen, BGBl. 518/1975, verletzt wurde.

Ob durch derart komplexe Regelungen die angestrebten Ziele der Lenkzeiten-Regulierung, nämlich der Schutz von KFZ-Lenker vor Überbeanspruchung sowie die Erhöhung der Verkehrssicherheit, erreicht werden, mag dahingestellt bleiben. Derart unübersichtliche Regelungen laden zu Übertretungen beinahe ein.

2. Das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz enthalten zum Teil strengere Vorschriften als die international geltenden Bestimmungen. Nach der Zielvorstellung des Gesetzgebers sollen durch die Novelle die strengeren österreichischen Bestimmungen beibehalten werden, wobei für österreichische Arbeitnehmer jedoch die Möglichkeit der Angleichung an die internationale Vorschriften durch Kollektivverträge besteht.

- 3 -

Sollten die Kollektivvertragsparteien aber eine Angleichung an internationale Regelungen nicht vornehmen, würde dies zu einer Diskriminierung inländischer Arbeitgeber und zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Unternehmen führen.

3. Abgelehnt wird die in beiden Gesetzen (§ 28 Abs 4 AZG und § 27 Abs 4 ARG) vorgesehene Verdopplung der geltenden Verjährungsfrist für die Strafverfolgung gemäß § 31 Abs 2 VStG von bisher 6 Monaten auf 1 Jahr. Vielmehr sollte versucht werden, die Vollziehung der Gesetze - auch international - effizienter zu gestalten.

Mit vorzüglicher kollegialer Hochachtung

Dr. Michael Krüger